

Weitere Vorgehensweise

Die AdV wird entsprechend des Ergebnisses aus der Besprechung der für das Vermessungs- und Geoinformationswesen zuständigen Staatssekretärinnen und Staatssekretäre vom 4. Dezember 2008 auf der Fachebene einen Entwurf für einen Staatsvertrag ausarbeiten. Nach Bewertung und Konsolidierung dieses Entwurfs durch die für das Vermessungs-

und Geoinformationswesen zuständigen Staatssekretärinnen und Staatssekretäre soll die IMK mit diesem Thema erneut befasst werden.

(Arbeitsgemeinschaft der
Vermessungsverwaltungen
der Länder der Bundesrepublik
Deutschland (AdV)

Der Vorsitzende
Ltd. Ministerialrat Hans Gerd Stoffel)

Masterplan für den Aufbau der Geodateninfrastruktur – Berlin/Brandenburg verabschiedet

Geoinformationen bilden einen wesentlichen Teil des vorhandenen Wissens in einer modernen Informations- und Kommunikationsgesellschaft. Sie werden auf allen Ebenen in Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und vom Bürger benötigt; sie sind Grundlage des planerischen Handelns und ihre Verfügbarkeit ist maßgebliche Voraussetzung für Standort- und Investitionsentscheidungen. Wichtige Anwendungsbereiche sind Raumplanung, Telematik/Verkehrslenkung, Umwelt- und Naturschutz, Landesverteidigung, innere Sicherheit, Zivilschutz, Versicherungswesen, Gesundheitsvorsorge, Land- und Forstwirtschaft, Bodenordnung, Versorgung und Entsorgung sowie Bürgerbeteiligung an Verwaltungsentscheidungen. Geoinformationen haben einen bedeutenden politischen Wert, da sie eine ganzheitliche Bewertung von politischen Strategien in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft (z. B. Landwirtschaft, Transport, regionale Entwicklung, Umwelt) ermöglichen.

Durch eine funktionierende Geodateninfrastruktur werden Mehrfachdatenerhebungen/-bestände vermieden und die

Datenhaltung optimiert (schlanke Verwaltung). Die Transparenz verfügbarer Geodaten wird erhöht, eine schnelle und umfassende Nutzung von Geodaten aus verschiedenen Quellen ermöglicht, sowie die Mehrfachnutzung von Geodaten gesteigert.

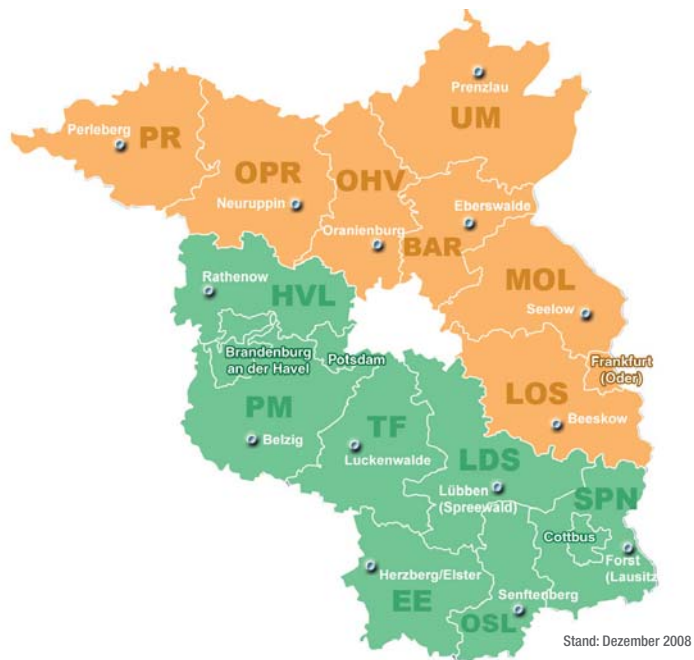
Nutznieser der Geodateninfrastruktur mit harmonisierten und anwenderfreundlichen Geodatenbeständen sind viele Anwendungsbereiche der Verwaltung (z. B. Katastrophenvorsorge/-verwaltung, Verkehrswegeplanung u. a.) und die Wirtschaftssektoren, die mit veredelten Geodaten Gewinne erwirtschaften (Geoinformationswirtschaft), Kostenvorteile erhalten (z. B. Mobilfunk, Telematik, Versicherung, Versorgung), Investitionsentscheidungen treffen und letztendlich auch Arbeitsplätze schaffen und sichern.

Am 3.12.2008 hat das gemeinsame Lenkungsgremium aus Staatssekretären der in die Belange der Geodateninfrastruktur besonders eingebundenen Ressorts sowie hochrangigen Vertretern von kommunaler Seite beider Bundesländer den Masterplan für den Aufbau der Geodateninfrastruktur–

Berlin/Brandenburg verabschiedet: „Alle Geodaten haltenden und Geodaten nutzenden Stellen der Berliner und Brandenburger Verwaltung werden aufgefordert, den Aufbau und Betrieb der Geodateninfrastruktur gemäß den Vorgaben des Masterplans sicher zu stellen. Damit wird den Anforderungen von E-Government, der Geodateninfrastruktur Deutschland sowie

der EU-Richtlinie INSPIRE entsprochen, die Wirtschaft gefördert und Synergie in beiden Ländern erzielt.“

Der Masterplan, veröffentlicht auf der Internetseite <http://gdi.berlin-brandenburg.de>, beschreibt den Aufbau der Geodateninfrastruktur als eine neue Gemeinschaftsaufgabe aller Verwaltungen. Er orientiert sich im Wesentlichen an den



Begünstigte	Fördergebiet Nord/Ost	Fördergebiet Süd/West	Brandenburg gesamt
Kommunen	12	6	18
Land	6	3,2	9,2
Unternehmen	1	1	2
Summen	19	10,2	29,2

Abb. 1: Verteilung der EFRE-Mittel für die GDI

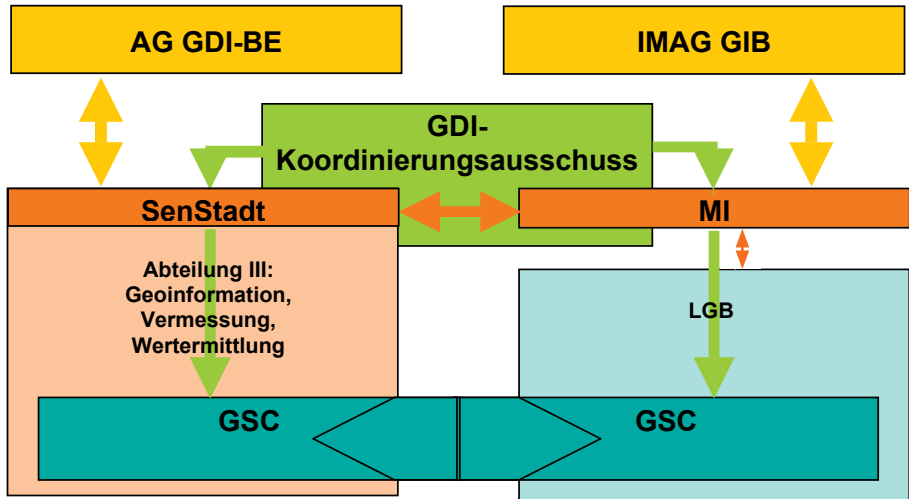


Abb. 2: Organigramm der Geodateninfrastruktur-Berlin/ Brandenburg

Anforderungen von INSPIRE sowie dem allgemeinen Ziel, die Geodatenbestände der Verwaltung Nutzern inner- und außerhalb der Verwaltung zeitgemäß über das Intra- und Internet anbieten zu können. Zu diesem Zweck werden im Masterplan die technischen, organisatorischen und rechtlichen Anforderungen an die Geodateninfrastruktur in der Region Berlin-Brandenburg beschrieben und entsprechende Maßnahmen geplant.

Eine zentrale Rolle in der Geodateninfrastruktur der Region wird der gemeinsame Einstieg für alle Nutzer in Form eines internetbasierten Geoportals haben. Es ist die Kommunikations-, Transaktions- und Interaktionsplattform für die übergreifende Erschließung und Integration verteilter Geodaten sowie die Hauptschnittstelle zu Geodaten/webbasierten Geodiensten nutzenden E-Government-Anwendungen.

Zur Anschubfinanzierung der Maßnahmen sind in beiden Bundesländern für den

Zeitraum von 2007 bis 2013 Mittel aus dem EFRE (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) bereit gestellt worden.

Operative Einheit der GDI-BE/BB für Serviceaufgaben ist das GeoServicecenter (GSC). Das GSC wird mit einem gemeinsamen Aufgabenkanon als übergreifend tätiges Organ in beiden Landesverwaltungen eingerichtet und nach außen mit einem einheitlichen Erscheinungsbild auftreten. Das GSC bei der Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg und bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin ist die Anlaufstelle für alle Belange beim Aufbau der Geodateninfrastruktur. Es berät und unterstützt die Landesverwaltung, Kreise, Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung bei allen Fragen der Geoinformationswirtschaft. Dieser zentrale Service- und Koordinierungsansatz bei dezentraler Datenkompetenz gewährleistet eine kompetente Begleitung von Projekten mit Raumbezug.

Ein länderübergreifender Koordinierungsausschuss (KA) berät die fachlich verantwortlichen Ressorts und gestaltet die inhaltliche Ausrichtung der Geodateninfrastruktur. Der Koordinierungsausschuss

wird aus Vertretern wichtiger Geodaten bereitstellender Ressorts der Landesverwaltungen sowie der Kommunalverwaltungen gebildet.

(Bernd Sorge, LGB)

Deutsch-polnische Zusammenarbeit im Geoinformationswesen besiegelt

Ein Jahr ist seit dem Beitritt Polens zum Schengener Abkommen vergangen, und Deutschland und Polen sind seit diesem historischen 21. Dezember 2007 spürbar zusammengedrückt. Doch nicht nur beim grenzüberschreitenden Verkehr entwickeln sich die deutsch-polnischen Beziehungen sehr positiv, auch die Zusammenarbeit der Vermessungsverwaltungen beiderseits von Oder und Neiße macht Fortschritte: Am 12. November

2008 wurden in Berlin am Rande eines international ausgerichteten Fachforums zwei bilaterale Absprachen zwischen der Hauptgeodätin der Republik Polen, Jolanta Orlińska und dem Präsidenten der Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg (LGB), Heinrich Tilly, unterzeichnet.

Mit der Unterzeichnung des ersten Dokumentes wurde die grenzüberschreitende Vernetzung der SAPOS®-Referenzstationen offiziell in den Regelbetrieb überführt. Diese Absprache wurde federführend durch die Zentrale Stelle SAPOS® der AdV bei der Landesvermessung und Geobasisinformation Niedersachsen (LGN) vorbereitet, der die bundesweit einheitliche Vermarktung und die internationale Kooperation des sehr erfolgreichen Positionierungsdienstes obliegt.

Daten der polnischen Stationen Gorzów Wielkopolski, Świebodzin, Żary und Goleniów gewährleisten seitdem die Echtzeit-Bereitstellung von Flächenkorrekturparametern oder von virtuellen Referenzstationen für SAPOS®-Kunden auch im grenznahen Raum des Landes Brandenburg. Nutzer des polnischen Dienstes ASG-EUPOS profitieren in gleicher Weise von den Brandenburger Referenzstationen Schwedt, Cottbus und Frankfurt (Oder).

SAPOS®-Nutzer müssen keine tech-



Jolanta Orlińska und Heinrich Tilly nach Unterzeichnung der Absprachen